

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 36 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 7. September 1917

Für die Woche vom 9. bis 15. September 1917 ist der 37. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbandsmitglied gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Inhalt. Beitragsleistung. — Urabstimmung zwecks Erhöhung des Verbandsbeitrages. — Die Teuerungszulage in der Lederausstellungsindustrie. — 13. Nachtrag zum Reichstarif für das Lederausstellungsgewerbe Deutschlands. — Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. — Teuerungszulagen nicht pfändbar und nicht versteuerbar. — Mehr Nahrung für die Tuberkulösen. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausstellungsgewerbe Hamburg-Altona. — Aus unserem Burea. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bilderchau. — Einsetzungen der Verwaltungen für das II. Quartal 1917. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Urabstimmung zwecks Erhöhung des Verbandsbeitrages.

Gelegentlich der letzten Konferenz des Ausschusses, Vorstandes und der Gauleiter am 11. August 1917 wurde die Finanzlage unseres Verbandes eingehend besprochen. Dabei konnte festgestellt werden, daß infolge verminderter Ausgaben für Streik-, Gemäßigten-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung das Verbandsvermögen in den letzten beiden Jahren eine Zunahme aufzuweisen hat, obgleich die Einnahmen aus den Beiträgen zurückgegangen sind. So erfreulich die Vermögenszunahme an sich ist, so herrschte auf der Konferenz doch Einmütigkeit darüber, daß der vorhandene Bestand nicht groß genug ist, um allen nach dem Kriege an den Verband zu stellenden Anforderungen in bezug auf Kampf- und Unterstützungsgelder genügen zu können. Wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten, ist noch nicht mit Sicherheit zu sagen. Daß aber die Teuerung der gesamten Lebenshaltung andauern, die Steuerlast größer wird, daran ist nicht zu zweifeln. Die Folge davon werden Kämpfe um ausreichende Löhne sein. Das Zurückfluten der Kriegsteilnehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft in Verbindung mit dem Mangel an Rohstoffen und Halbfabrikaten wird die Reservearmee der Arbeitslosen vergrößern, was wiederum seine Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt ausüben wird. Die Ausgaben für Unterstützungen bei Streiks, Erwerbslosigkeit und Krankheit werden ins Ungemessene steigen. Auch den heimkehrenden Kriegern wird in sehr vielen Fällen helfend beizuspringen werden müssen. Alles das erfordert Geld, viel Geld. Die Frage, ob unsere Mitglieder zu erhöhten Leistungen herangezogen werden können, wurde auf der Konferenz bejaht und in Vorschlag gebracht;

ab 1. Januar 1918 die wöchentlichen Beiträge der männlichen Mitglieder um 15 Pfennig, die der weiblichen Mitglieder um 10 Pfennig zu erhöhen. Die Entscheidung, ob dieser Vorschlag verwirklicht werden soll, ist in die Hände der Mitglieder

gelegt, indem Vorstand und Ausschuß in der letzten Sitzung am 26. August d. J. einstimmig beschlossen, eine

Urabstimmung

anzuberaumen und ihnen die Frage vorzulegen:

Soll ab 1. Januar 1918 der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder um 15 Pfennig, für weibliche Mitglieder um 10 Pfennig erhöht werden?

An der Abstimmung, die in der Zeit vom 1. bis 3. Dezember 1917 stattfindet, dürfen nur Mitglieder teilnehmen, welche mindestens 13 Wochen dem Verbandsangehören und nicht länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen restieren. Die Fragezettel werden den Ortsverwaltungen zur Abgabe an die stimmberechtigten Mitglieder rechtzeitig zugefandt. Im übrigen sei auf Abschnitt VIII, Urabstimmung, § 16 der Satzungen, verwiesen.

In der sicheren Erwartung, daß alle Mitglieder die ihnen vorgelegte Frage eingehend prüfen und getragen vom Geiste gewerkschaftlicher Solidarität entscheiden, zeichnen

Mit kollegialen Grüßen

Der Ausschuß: S. Wolf. Der Vorstand: P. Blum.

Die Teuerungszulage in der Lederausstellungsindustrie.

Im Anschluß an unseren Bericht in Nr. 34 der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ können wir noch mitteilen, daß die Verhandlungen jetzt als beendet angesehen werden können. Bekanntlich hatte die Zentralkarifikommission es übernommen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Inzwischen hatte aber auch die Organisationsleitung nichts unversucht gelassen, einen befriedigenden Abschluß herbeizuführen. So fand am 22. August eine Sitzung vor dem Kriegsamt statt. Herr Hauptmann Braumann gab sich die redlichste Mühe, die Unternehmer zur Annahme der Vereinbarungen zu bewegen, da die Forderung des Reichsfinanzamtes sicher zu erwarten sei. Auch die Erklärungen des Vertreters der Wumbe, Dr. Meyer, die viel hinderlicher waren als die Versprechungen, die im Dezember 1916 den Fabrikanten gemacht wurden, vermochten nichts an dem Verhalten der Fabrikanten zu ändern. Von unserer Seite wurde darauf verwiesen, daß selbst auf die Gefahr, daß das Reichsfinanzamt vorläufig sich noch nicht entscheide, die Arbeitgeber nicht schlechter gestellt seien als vorher. Schließlich erklärten die Fabrikanten unter sich selbst noch einmal Stellung zu nehmen und fand am 29. August eine Vollversammlung der Vereinigung deutscher Heeresfabrikanten statt. Hier wurde der Vereinbarung in der abgeschlossenen Höhe vollauf zugestimmt, jedoch die Einführung dieser neuen Teuerungszulage erst für die erste Septemberwoche beschlossen. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß auch den Fabrikanten ein wesentlicher Abstrich an ihren Forderungen bei dem Reichsfinanzamt gemacht wurde. Um eine weitere Verzögerung zu vermeiden, wurde die Angelegenheit erneut dem Zentralkarifikamt überwiefen und nachfolgender Nachtrag 13 genehmigt. Des weiteren wurde die Frage erörtert, ob für die am

31. Mai vereinbarten Vorbehaltslöhne für Ausstattungsgegenstände aus Papierstoff die Differenz gegen die erhöhten Sätze im Nachtrag 12 nachzuzahlen ist. Nach der Rechtsbelehrung des Herrn Syndikus Meyer erklärte sich der betreffende Arbeitgeber zur Nachzahlung bereit. Wir unterlassen es an dieser Stelle, auf die Größe des Erfolges besonders zu verweisen, wir glauben aber, unseren Mitgliedern wiederum den Beweis erbracht zu haben, was geschlossenes Vorgehen ermöglicht.

13. Nachtrag zum Reichstarif für das Lederausstellungsgewerbe Deutschlands.

Vereinbarung

vor dem Kriegsamt am 10. August 1917.

Die Teuerungszulage auf Grund des Beschlusses vom 4. Dezember 1916 (Nachtrag 9) wird aufgehoben.

An deren Stelle tritt ab 1. September 1917 für alle auf Zeitlohn beschäftigten Sattler und die im Nachtrag 2 Abs. 2 benannten Berufe sowie für alle Stücklohnarbeiter ein Stundenzuschlag: für Ledige 30 Pf., Verheiratete 35 Pf. und mit mehr als 2 Kindern 40 Pf.

Für Hilfsarbeiter über 17 Jahre: für Ledige 20 Pf., Verheiratete 23 Pf. und mit mehr als 2 Kindern 26 Pf.

Für Hilfsarbeiter unter 17 Jahren: 13 Pf.

Für Arbeiterinnen über 17 Jahre: für Ledige 17 Pf., für Haushaltungsvorstände 20 Pf. und mit mehr als 2 Kindern 23 Pf.

Für Arbeiterinnen unter 17 Jahren: 12 Pf.

Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen erhalten einen Zuschlag von 20 Proz.

Auf Konfektionsarbeiten für die Artilleriewerkstätten findet dieser Nachtrag bis auf weiteres keine Anwendung.

Berlin, den 29. August 1917.

Die Zentralkarifikommission:

Der Vorsitzende: Oskar Meyer, Syndikus der Handelskammer zu Berlin.

Der Obmann der Arbeitgeber: Richard Mühlensfeld.
Der Obmann der Arbeitnehmer: Alfred Niebel.

Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 16 vom 15. August) schreibt Herr Dr. August Müller:*)

Ohne Uebertriebung kann man sagen, daß das deutsche Volk im allgemeinen den eigentlichen Charakter dieses Krieges immer noch nicht erfaßt hat. Man überflieht inmitten der kriegerischen Ereignisse meistens die Hauptfrage, daß es sich nämlich um einen Krieg Englands gegen die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands handelt; daß England den Krieg gewonnen hat, wenn es ihm gelingt, die deutsche Volkswirtschaft, die es durch den Krieg fabrikt, dauernd so niederzuhalten, daß dadurch die englische Ueberlegenheit, die durch den Aufschwung Deutsch-

*) Dieser Aufsatz zeigt deutlich, in welchem höchst erfreulichen Geiste Dr. Müller sein Amt als Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt zu führen gedenkt.

lands verlorengegangen war, wiederhergestellt und durch die britische Seeherrschaft in eine Beherrschung der Weltwirtschaft durch das vereinigte Angehörigentum ausgeweitet wird. Die entscheidende Aufgabe des kommenden Friedens ist daher für uns der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, das heißt vor allem die Erneuerung, Vergrößerung und Intensivierung unserer Produktion. Die Politik der kommenden Friedenszeit wird eine Produktionspolitik sein müssen. Nur wenn man sich diese Forderung in ihrer vollen Tragweite klar macht, wird man auch über die Art des anzustrebenden Friedens eine zutreffende Anschauung gewinnen können. Es muß ein Frieden werden, der uns eine Konzentration unserer produktiven Kräfte ermöglicht, eine Konzentration, die das deutsche Volk nur in engem Zusammenhange mit den Völkern des europäischen Festlandes gegen England sichern kann.

So entscheidend der wirtschaftliche Gesichtspunkt für den Krieg also ist, so wenig tritt er sonderbarerweise in der öffentlichen Erörterung zutage. Das Problem der Uebergangswirtschaft, also die erste Aufgabe des kommenden Wiederaufbaues ist jedenfalls ein allgemein interessierendes Disfusionssthema noch nicht geworden. Nur im Handeltel der großen Zeitungen wird es dann und wann angeschnitten. Die man nur ihren politischen Teil, so möchte man meinen, außer den Nahrungsmitteln beständen kaum ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten für uns.

Es ist vielleicht erklärlich, daß das Problem der Uebergangswirtschaft außerhalb des Kreises der Interessenten, der volkswirtschaftlichen Sachverständigen und der mit der Vorbereitung der Uebergangswirtschaft Betrauten in seiner vollen Schwere noch nicht begriffen worden ist. Die Eigenart der Kriegswirtschaft verhindert den Einblick in die Verhältnisse, die der Krieg auch außerhalb der eigentlichen Kriegszone im Wirtschaftsleben der kriegführenden und der neutralen Völker bewirkt. Die Frage der Wahrung z. B. ist den meisten ein Buch mit sieben Siegeln. Und vielleicht noch weniger wird empfunden, was es für unsere Verkehrs- und industriellen Anlagen bedeutet, daß in drei Jahren Kriegsbauer eine immer intensiver werdende Ausnutzung aller Anlagen, aber keine ihr das Gleichgewicht haltende Reparatur möglich gewesen ist.

Ohne Opfer aller Glieder des Volkes, ohne das Aufgeben altgewohnter und liebgehabter Vorstellungen, ohne die Anwendung ganz neuer Methoden wird das, was notwendig ist, nicht durchgeführt werden können. Ich glaube nicht an die Möglichkeit eines Wiederaufbaues der Volkswirtschaft, wenn der Grundfals in den Vordergrund gestellt wird, es komme in der Hauptfrage darauf an, möglichst schnell wiederherzustellen, was bis zum 1. August 1914 bestanden hat. Die drei Jahre Krieg, aus denen ja am Ende auch noch mehr Jahre werden können, erfordern die Anwendung anderer Mittel. Die Möglichkeit einer Verständigung über die anzunehmenden Formen des Wiederaufbaues wird erschwert, wenn man das, worauf es hier ankommt, auf die Formel „Kapitalismus oder Sozialismus?“ zu bringen versucht. Kapitalistische Grundfälle von ehemals werden ja zweifellos nicht die richtigen sein, die angewendet sind. Aber daß in der Uebergangswirtschaft der Sozialismus zu verwirklichen sei, das ist eine Forderung, die vermutlich von der Sozialdemokratie nicht gestellt und erst recht nicht durchgeführt werden wird. Alle Sozialdemokraten, die sich eine Vorstellung von ihrem Zukunftsideal machen, gingen nicht von einer zerfallenen, mit gewaltigen Verpflichtungen belasteten und in ihrer technischen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigten Volkswirtschaft aus, sondern von einer Gesellschaft, die eine beachtliche Fülle von Reichtum aufwies.

In einer wahrscheinlich recht lange dauernden Uebergangszeit werden wir sparsam sein müssen wie nur irgendein armer Schluder. Die Produkte aller Zonen stehen uns nicht so reichlich zur Verfügung wie ehemals, weil wir zunächst Schwierigkeiten haben werden, um sie zu transportieren und noch größere Schwierigkeiten, sie zu bezahlen. So werden wir uns auf Jahre hinaus daraufhin einrichten müssen, vorwiegend von dem zu leben, was der deutsche Boden hervorbringt, und was deutsche Arbeit in eigenen Kolonien zu schaffen in der Lage ist. Sozialismus, glaube ich, wird der überzeugte Sozialdemokrat den Zustand, dem wir entgegengehen, nicht nennen. Und dennoch wird insofern ein sozialistisches Element eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft spielen müssen, als nicht das individuelle Interesse des Arbeiters und des Unternehmers, sondern das Wohl der Allgemeinheit den Maßstab abgeben wird, an dem die Zweckmäßigkeit der angewandten Mittel zu messen ist. So dürfte es sich notwendig machen, der Eigenwirtschaft aus den Zeiten bis zum 1. August 1914 die Gemeinwirtschaft der Wiederaufbauphase gegenüberzustellen; in der Meinung, daß diese allmächtig geklärt werden die Bezeichnung das, worauf es ankommt, schärfer hervorhebt, als der Begriff

„Sozialismus“, mit dem leicht Mißverständnisse verbunden sein können.

Aber selbst wenn Gemeinwirtschaft als notwendig anerkannt würde, so wäre damit noch nicht gesagt, welche Mittel Anwendung finden müssen, um sie durchzuführen. Neben Sparsamkeit im Verbrauch aller Konsumgüter und Unterdrückung von geschmacklosem und überflüssigem Luxus muß da vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den Ertrag der Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten. Bis zum Ausbruch des Krieges waren wir reich genug, um unwirtschaftliche Produktionsmethoden dulden zu können und Nichtstandige zu pflegen. In Zukunft muß das anders werden. Das erste Gesetz, von dem Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Kriege beherrscht sein müssen, wird das Gesetz der rationalen Produktionsweise sein. Wir werden gut tun, auch hier nach dem britischen Weltreich zu blicken.

Bis ins Kleinste haben Lloyd George, Neville Chamberlain und der Arbeiterparteieller Lodge in Großbritannien die Gedanken der Einstellung der Produktionsweise auf das ökonomische Grundgesetz: mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den höchsten Erfolg zu erzielen, in die Praxis umzusetzen versucht. Um die heimische Landwirtschaft zu heben, sind den Landwirten Mindestpreise für ihre Erzeugnisse garantiert worden, und zwar gleich bis zum Jahre 1923, wodurch die Grundbesitzer veranlaßt werden, vor allem die Anbaufläche zu vergrößern und sich insstandzusetzen, an die Produktion selbst mehr zu wenden und sie so ertragsreicher zu machen. Für die Industrie hat der Staat sich die Herrschaft über die wichtigsten Rohstoffe und Urprodukte gesichert. Die Umwandlung des Rohstoffs zum Fertigfabrikat erfolgt auf die zweckmäßigste Weise.

Die Produktion geschieht unter Anwendung der neuesten und besten Maschinen, systematische und weitgehende Arbeitsteilung wird durchgeführt und so der einzelne befähigt, seine Arbeitsleistung erheblich zu steigern. Die Lohnpolitik besteht in rückwärtsgerichteter Durchführung des Grundgesetzes der Stücklohnarbeit, aber unter Vermeidung aller kleinlichen Methoden, die Löhne zu drücken. Mit Energie steuern die leitenden Manner des Britischen Reichs ihrem Ziel zu. Sie befolgen den Grundfals, das eigentlich wertschaffende Element in der Volkswirtschaft, die Produktion, mit allen Kräften zu fördern und rational zu gestalten und alle überflüssigen Zwischenglieder auszuschalten. Die Folge muß naturgemäß eine Verbilligung der Produkte auf dem heimischen Markt oder eine größere Steuerleistungsfähigkeit der Industrie sein. Die Arbeiter werden an diesem Gang der Dinge dadurch interessiert, daß man versucht, sie durch hohe Löhne zur Beseitigung aller der Gewerksvereinsregeln zu veranlassen, die dem gesteckten Ziel hindernd im Wege stehen. Chamberlain hat sogar einen Versuch, dem er schon früher auf lokaler Grundlage in seiner Heimatstadt Birmingham gemacht hat, in großen Maßstäben wiederholt: die Schaffung einer gemeinsamen Organisation, die mit einer für die Arbeiter günstigen Lohnpolitik das Verständnis der Arbeiter zur Einschränkung ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit zu erlangen beabsichtigt. Unter Anwendung aller Mittel sollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Anerkennung des Grundgesetzes gebracht werden, daß für die erste Zeit nach dem Krieg auch vom Arbeiterstandpunkt aus leitender Grundfals die rationelle Produktionsmethode sein muß, weil nur dessen restlose Durchführung dem Lande zu schnellstem Ausgleich der Kriegsschäden und zur Ruhmhermachung fremder Volkswirtschaften bei der Liquidation der Kriegsfolgen verhelfen kann.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die gemeinschaftliche Organisation der Arbeiter und Unternehmer die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen wird. Den aufmerksamen Leser der englischen Zeitungen werden Zweifel daran beschleichen, ob dieses Mittel seinen Zweck erfüllen wird. Aber das ist nicht das Entscheidende. Worauf es ankommt, das ist die Energie, mit der Lloyd George und seine Mitarbeiter auf das von ihnen erstrebte Ziel lossteuern. Es wäre nämlich an der Zeit, daß man sich auch in Deutschland in allen Kreisen die Frage stelle, was bisher bei uns geschehen ist, um auch bei uns den Grundfals von der rationalsten Produktionsweise auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens durchzuführen. Ich befürchte, daß noch immer Teile des Unternehmertums den Grad von Vorurteilslosigkeit nicht erreicht haben, der dazu notwendig ist. Und ob die Arbeiter sämtlich begreifen haben, daß liebgeordnete Vorstellungen unter Umständen vertragen werden müssen, ist gleichfalls fraglich.

Was hier von der Industrie gesagt wird, gilt auch für die Landwirtschaft. Auch auf diesem Gebiete kann man noch vieles rationalisieren. Auch für die Landwirtschaft wird der Gedanke für die rationellste Produktionsweise maßgebend sein. Die Anerkennung dieses Grundfals bedeutet aber nicht die Anerkennung jener Kritik unserer Ernährungswirtschaft im Kriege, die da stets betonte, es komme

ausschließlich auf die Produktionsförderung an und gar nicht auf Rationierung und gleichmäßige Verteilung des Produzierten. Die vorbehaltlose Anerkennung der Notwendigkeit, nichts unberührt zu lassen, was die landwirtschaftliche Produktion so ertragsreich wie nur möglich gestalten könnte, läßt sich durchaus mit ebenso vorbehaltloser Unterstützung des Prinzips unserer Ernährungspolitik vereinigen.

Teuerungszulagen nicht pfändbar und nicht versteuerbar.

Ein für unsere Kollegen durchaus wichtiges Urteil, in bezug auf die Pfändbarkeit und Versteuerung der Teuerungszulagen, hat das Oberlandesgericht zu Köln am 23. März 1917 gefällt. Es heißt darin:

Die von der Stadt Köln ihren Arbeitern gewährte Teuerungszulage beruht auf der Erwägung, daß die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter im Laufe des letzten Kriegsjahres eine außerordentliche Steigerung erfahren und daß deshalb den Arbeitern eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage zur Bestreitung der umentbehrlichen Unterhaltungskosten gewährt werden sollte. Dieser Zweck würde aber vereitelt werden, wenn die Teuerungszulage ganz oder zum Teil den Gläubigern der Bediensteten zwecks Pfändung wegen ihrer Forderungen zur Verfügung stehen sollte. Der sich daraus ergebenden Nichtpfändbarkeit der Teuerungszulage kann auch nicht mit dem Einwand entgegengetreten werden, daß durch die Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915 der Unpfändbarkeit des Dienstlohnes eine Höchstgrenze habe gezogen werden sollen, so daß über 2000 Mk. hinaus die Gläubiger einen gesetzlich gewährtesten Schutz in ihrem berechtigten Interesse an der Befriedigung für ihre Forderungen genießen sollten. Dies kann nur insoweit als richtig zugestanden werden, als eine wirkliche Erhöhung der Arbeitsvergütung im Sinne eines angemessenen Entgelts für geleistete Dienste jensei Auffassung rechtfertigen würde. Um eine Erhöhung des Arbeitslohnes in diesem Sinne handelt es sich indessen im vorliegenden Falle keineswegs; vielmehr ist die Teuerungszulage lediglich zu beurteilen als eine außerordentliche und zeitweilige Zuwendung.

Wir können dieses Urteil nur begrüßen, entspricht es doch den herrschenden Verhältnissen, die sich aus der unendlichen Not ergeben. Immerhin müssen wir aber fordern, daß die Grenze des pfändbaren Lohnes, die früher 1500 Mk. und jetzt 2000 Mk. betrug, auf 3000 Mk. heraufgesetzt wird, erst dann ist der einfache und klare Rechtsstandpunkt gegeben, an den sich jeder Gläubiger ohne Rücksicht auf die Rechtsprechung zu halten hat.

Auch die Bezirkssteuer-Einnahme Dresden hat erklärt, daß die Kriegsteuerungszulage der Besteuerung nicht unterliegt. Diese Erklärung kommt allerdings zu spät, denn die Einschätzung zur Staatssteuer usw. ist längst vollzogen und die Reklamationsfrist größtenteils schon verstrichen. Es ist aber festzustellen, daß bei der Einschätzung die Teuerungszulage in den überaus meisten Fällen mit in Anrechnung gebracht worden ist. Wo dies geschehen ist, werden die so Betroffenen gut tun, vorausgesetzt, daß die Reklamationsfrist nicht schon verstrichen ist (drei Wochen nach erfolgter Zustellung des Steuerzettels), die Reklamation einzuweisen. Andernfalls ist durch Gesuch Erlass eines Teiles der Steuer zu beantragen unter der Begründung, daß der Rechtsstandpunkt erst jetzt bekannt geworden ist und daß dieser von der Steuerbehörde bei der Einschätzung unbeachtet geblieben ist.

Mehr Nahrung für die Tuberkulösen!

An Schwerarbeiter, Minderbemittelte und stillende Mütter werden Nahrungsmittelzubehfen gegeben. Wenn man schon ein kleiner Schritt getan wird, um dem großen Hunger ein wenig zu steuern, dann darf eine reiche Menschenschaft nicht vergessen werden, die wohl am ärgsten zu leiden hat, der Tuberkulösen. Die Art der Krankheit bringt es mit sich, daß nach Ueberwindung der Krisis der Lungenerkrankte ein ungemein starkes Nahrungsbedürfnis hat. Kann dem nicht Rechnung getragen werden, so ist eine fortschreitende Herabminderung der Widerstandskraft unmittelbare Folge. Abmagerung, große Kraftlosigkeit und Schlaflosigkeit, verbunden mit einer geistigen Niedergeschlagenheit, das sind die vorläufigen Nebenwirkungen der ungelämpften Krankheit. Wirksam vermag man — trotz mannigfacher Heilmethoden — Tuberkulose zu bekämpfen nur mit den Mitteln einer Körperzufürge, also guter, reiner Luft und Fräftiger, reichhaltiger Nahrung. Hungern bedeutet für den Lungenerkrankten ein rasches Einsinken bis zum Tode. Bei der Verteilung mit Nahrungsmittelzubehfen dürfen die Tuberkulösen nicht unberücksichtigt bleiben. Zu sehr schon ist die Zahl dieser Kranken gewachsen, so daß jede Verjämnis, diese Leute

einzubämmen, immer neue Opfer heißen wird. Je eher, mit je mehr Mitteln man die Tuberkulose bekämpfen will, um so mehr Aussicht wird sein, dieser schrecklichen Seuche Herr zu werden. Jede Nachlässigkeit bedeutet einem Schaden, der in Geschlechtern fortwirken kann.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe Hamburg-Altona vom 23. August 1917.

Ein Sattler führt Klage gegen den Sattlermeister Warzinowski (Mitglied der Werkgenossenschaft) auf Grund Pof. 208 des Reichstariifs, Halskoppeln, Ersatz der Maschinennaht durch Handnaht; verlangt wurden 136,7 Pf. per Stück inkl. aller Zuschläge, in Summa 12,52 Mk.

Nach gründlicher Auseinandersetzung über die verschiedenen Arten von Halskoppeln erklärte sich Beklagter sofort bereit, den geforderten Betrag nachzuzahlen.

Sitzung vom 28. August 1917.

3 Handnäherinnen (Nähe und Nadeln) führen Klage gegen die Firma Jessen: 1. Auf Grund des Nachtrages 9 und 11 des Reichstariifs, Nachzahlung von 6,16 Pf. pro Stunde, Summa 56,69 Mk.

2. Auf Grund des Stücklohnverzeichnis Pof. 9 des Reichstariifs, Leibriemen, Nachzahlung pro Stück 5,8 Pf., Summa 16,29 Mk.

Zu 1 erkennt der Vertreter, Herr Leuf, die Lohnforderung an, da der Firma eine Erhöhung der Mindestzeitlöhne ab 1. Juni nicht bekannt sei, er verpflichtet sich, auch den noch im Betriebe tätigen Personal die Löhne nachzuzahlen. Den Klägerinnen ist der Betrag per Post zuzustellen.

Zu 2 wird die Forderung bestritten, da nicht der vollständige Leibriemen angefertigt sei, dies wurde von den Klägerinnen zugegeben. Es erfolgte Abweisung.

Aus unserem Beruf.

Die erste Zuschneidestelle ist bereits endgültig errichtet, und zwar in Altona, Holstenwiese 50, für die Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Pommern, Schleswig-Holstein, Preußen und Hansestädte Hamburg und Lübeck; unter dem Namen Zuschneidestelle der Lederindustrie Altona G. m. b. H. Als verantwortlich Leiter der Zuschneidestelle dem R. M. L. J. A., gegenüber wird Herr Weber bestätigt. Der Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung und Verteilung von Lederzuzugsmiteln und anderer von der Militärbehörde übertragener oder angeregter Geschäfte. Mitglieder der Gesellschaft können nur diejenigen Militär-effektenfabrikanten werden, welche Heeresaufträge haben oder gehabt haben. Die Abgabe der Zuschnitte erfolgt auf Grund einer vorläufigen Verrechnung zu dem vom Lederzuzugsamt genehmigten Preise. Die Organe der Gesellschaft sind:

- a) Der Aufsichtsrat, welcher sich aus drei Personen zusammensetzt, von denen bei Ablauf jedes Geschäftsjahres ein Mitglied ausscheidet und durch Neuwahl ersetzt wird;
- b) ein erster und ein zweiter Geschäftsführer, welche vom Aufsichtsrat angestellt werden;
- c) die Verwaltung der Gesellschaften.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20 000 Mk. Jedes Mitglied ist verpflichtet, für jede 100 Mk. seines Geschäftsanteils der Gesellschaft ein mit 5 Proz. jährlich verzinsbares Darlehen bis zu 1000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Jeder Gesellschafter, der einen Geschäftsanteil von über 500 Mk. besitzt, ist verpflichtet, auf Anweisung des Aufsichtsrats, von dieser den 500 Mk. übersteigenden Teil an dritte Personen, die ihm vom Aufsichtsrat genannt werden, abzutreten. Im übrigen ist die Abtretung von Geschäftsanteilen nur an Gesellschafter zulässig. Das erste Geschäftsanteil läuft bis zum 31. Dezember 1917. Jedes weitere Geschäftsjahr umfasst den Zeitraum eines Kalender-Vierteljahres, da die Militärbehörde eine vierteljährliche Abrechnung verlangt. Bei der Auflösung der Gesellschaft ist ein etwa verbleibender Betrag an die Gesellschafter zu verteilen, sowie ein etwaiger Verlust von ihnen zu tragen.

Die Leitung der Zuschneidestelle für Baden, Elsaß-Lothringen und Hohenzollern wurde der Firma L. Ritgen, Karlsruhe, übertragen. Für die rheinische Industrie sollen zwei, für das Handwerk eine Lederzuzugsstelle errichtet werden.

Von der Kraftwagenindustrie der Vereinigten Staaten. Das seit den Kriegsjahren anhaltend rege Wirtschafts- und Geschäftsleben in den Vereinigten Staaten hat die Zahl der im Lande laufenden Kraftwagen auf eine staunenswerte Höhe gebracht. Nach einer amtlichen Aufstellung wurden am 31. Dezember 1916 in den Vereinigten Staaten 3 541 750 Kraftwagen gezählt, d. h. bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 102 Millionen auf 29 Köpfe ein Kraftwagen. In einzelnen Staaten, wie z. B. in Iowa und in Nebraska, traf sogar auf je 13 Einwohner ein Kraftwagen. Die sprunghafte Ver-

mehrung der Kraftwagen in den Vereinigten Staaten im Laufe der Kriegsjahre verdeutlicht folgende Zusammenstellung. Es wurden Kraftwagen amtlich gezählt:

1911	677 000
1912	1 010 000
1913	1 253 000
1914	1 736 000
1915	2 471 600
1916	3 541 750

Das Jahr 1916 brachte demgemäß einen Kraftwagenzugang von mehr als 1 Million Stück, täglich also einen solchen von etwa 3000. Es ist klar, daß diese vermehrte Inbetriebnahme von Kraftwagen eine gesteigerte Leistungsfähigkeit der Kraftwagenherstellung zur Voraussetzung hat. Es brachte denn auch das Jahr 1916 die Neugründung von 63 Kraftwagenfabriken; im ganzen wird die Zahl der Kraftwagenfabriken jetzt mit 575 angegeben. Die meisten Autofabriken sind im Staate Michigan, nämlich 99, darunter die weltbekannte von Ford, die nach ihrem letzten Geschäftsbericht von 1916 593 000 Wagen hergestellt hat.

Korrespondenzen.

Dresden. (G. 30. 8.) Am 22. August tagte im großen Volkshaussaale eine sehr gut besuchte außerordentliche Militärattlerversammlung, die sich mit dem Ergebnis einer weiteren Teuerungszulage für Militärausrüstungsgegenstände, und mit der eventuellen Kündigung des Militärattlerattariifs befaßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des am 13. August verstorbenen langjährigen Vorstandsmitgliedes Ernst Ventur. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Kollege Eisner berichtete dann in ausführlicher Weise über die Verhandlungen mit den Fabrikanten im Kriegsamte Berlin. Obwohl die Löhne für die Militärarbeit toriiflich geregelt sind, ist doch seit Abschluß des Tarifvertrages eine enorme Erhöhung der Preise für Lebensmittel sowie für alle Bedarfsartikel eingetreten, die eine weitere Teuerungszulage rechtfertigt. Dies haben auch die Fabrikanten anerkannt, erklärten aber, daß sie eine Verständigung über die zu gewährenden Zulage mit dem Reichshandamte erwarten. An der Hand der Lohnstatistik für Dresden legte Redner den Anwesenden klar, in welcher Weise die Zuschläge für den einzelnen in Frage kommen würden. Leider sind im letzten Augenblick, als bereits mit den Unternehmern eine Verständigung erfolgt war, Schwierigkeiten entstanden, weil das Reichshandamt sich zu einer Regelung der Zulage mit den Fabrikanten nicht verstehen konnte. Doch ist zu hoffen, daß es gelingt, in den nächsten Tagen die Sache zu einem für uns günstigen Abschluß zu bringen.

In der nun folgenden Diskussion erklärten verschiedene Kollegen, daß diese Zulage das mindeste sei, was bewilligt werden müsse, man dürfe in diesem Falle auch vor der äußersten Konsequenz nicht zurückschrecken. Sie geißelten scharf das Verhalten der Regierung dem unverkämbten Preiswucher gegenüber und verlangten, daß der Regierung klar zu machen sei, daß den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auch Gehör geschenkt werden müsse. Der Zentralvorstand darf kein Mittel unversucht lassen, um diese Regelung der Teuerungszulage bald zu erreichen.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung erläuterte ebenfalls Kollege Eisner kurz das Zustandekommen des jetzigen Tariifs. Daß der Tarif fessler und Mängel aufweise, sei nicht zu bestreiten, was auch die Fabrikanten zugeben. Der Tarif wurde im März 1915 unter Mitwirkung des Kriegsministeriums abgeschlossen, um die damaligen unbilligen Zustände in unserm Beruf zu beseitigen, was auch gelungen ist. Selbstverständlich sind auch erste Bedenken bei der eventuellen Kündigung nicht von der Hand zu weisen. Er empfahl den Anwesenden, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, denn wenn der Vertrag gekündigt werden soll, so muß das bis 30. September geschehen.

Sämtliche Redner, die nun zu Worte kamen, erklärten, daß der Vertrag unbedingt gekündigt werden müsse, die Bedenken, die geäußert worden sind, könnten nicht ausschlaggebend sein. Vor allem wurde gewünscht, daß der Tarif bei der jetzigen Zeit, die gar keine Voraussetzung für die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zukunft gestatte, nicht wieder auf drei Jahre abgeschlossen werde. Nachstehende Entschließung, die während der Debatte einging, wurde einstimmig angenommen:

„Die am 22. August in Dresden tagende, von zirka 400 Militärattlern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung ist nach eingehender Prüfung des jetzt bestehenden Tarifvertrages zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Verlängerung des Tarifvertrages nicht ratsam erscheint, da ein wesentlicher Teil der angeführten Positionen überholt ist, aber auch erhebliche Preisunterschiede zwischen den alten und neuen Positionen des Tarifvertrages bestehen.

Die Versammelten beauftragen den Zentralvorstand, den Tarifvertrag zu kündigen und die notwendigen Vorarbeiten zwecks Abschlußes eines neuen Vertrages in die Wege zu leiten. Sie erklären ferner, tatkräftig für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, um auch für den neuen Vertrag eine sichere Grundlage zu gewährleisten.“

Unter Verschiedenes teilte Kollege Müller das Ergebnis über die Ausschuswahl im Königl. Arriental mit. Die Gegenseite der freien Gewerkschaften hat kaum ein Zehntel der Stimmen der Liste der freien Gewerkschaften auf sich vereinigt. Ferner wies er darauf hin, daß in den letzten Tagen Bettel verteilt worden sind, die Anfang September zum Generaltreff auffordern. Redner erklärte, daß die freien Gewerkschaften mit dieser Machination nichts gemein haben, und wir dieses Vorgehen nicht unterstützen können.

Mehrere Kollegen unterzogen noch die Ernährungsverhältnisse einer scharfen Kritik. In den besseren Kreisen der Bevölkerung sei von einer Not noch nichts zu merken, wohl ein Beweis, daß Lebensmittel genügend vorhanden sind, nur an einer gerechten Verteilung fehle es. Unsere Vertreter im Ernährungsamt sollten hier energisch vorgehen, sie würden bei der Arbeiterschaft volle Unterstützung finden. Auch die „Dresdener Volkszeitung“ sollte diesem Zustande mehr zu Leibe rüden, wenn sie nicht das Interesse der Arbeiterschaft verlieren will.

Mit dem Wunsche, auch in Zukunft unsere Versammlungen so zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Rundschau.

I. K. Die Wahlen der Beisitzer bei den Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungsschiedsgerichten sind durch Bundesratsverordnung viermal verschoben worden, zuletzt bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Beendigung des Kriegszustandes. Durch Umfrage der Reichsregierung ist aber festgestellt worden, daß in den Reihen der Beisitzer erhebliche Lücken bestehen, daß ohne eine Vervollständigung nicht länger auszukommen ist. Dem Reichstag ist daher der Entwurf eines Gesetzes über die Ergänzung jener Beisitzer während des Krieges vorgelegt worden. Von der Regelung der Angelegenheit durch eine Bundesratsverordnung ist abgesehen worden, um spätere Zweifel an der Gesetzmäßigkeit der vorzunehmenden Neubesetzung auszuschließen. Nach dem Entwurf sollen die höheren Verwaltungsbehörden (Regierungspräsidenten) darüber entscheiden, ob bei den einzelnen Gerichten ein Bedürfnis zu einer Nachwahl vorliegt. Bejahendenfalls sollen sie für die gemeindlichen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Wahlen anordnen. Die Wahl selbst wird sodann von der Vertretung der betreffenden Gemeinde oder des Kommunalverbandes, also durch die Stadtorbordneterversammlung, den Kreisrat usw. vorgenommen. Für die Vergewaltigungsgerichte und die Innungsschiedsgerichte wird die Wahl von der höheren Verwaltungsbehörde bzw. der Aufsichtsbehörde bewirkt. Es sollen immer nur soviel Personen gewählt werden, wie zur Erreichung der Höchstzahlen nötig sind, weiter sollen nur solche Personen gewählt werden, die bei den ordentlichen Wahlen wählbar sind.

Der Entwurf schlägt sodann noch zwei weitere Maßnahmen im Verfahren vor den Gewerbe- usw. Gerichten vor, die sehr einschneidend sind. Diese Mehrzahl der Gerichte (von den 485 Gewerbegerichten 175) haben in ihren Satzungen bestimmt, daß zu den Sitzungen stets vier Beisitzer (je zwei Unternehmer und Arbeiter) zuzuziehen sind. Hier schreibt das neue Gesetz vor, daß immer nur zwei (von jeder der beiden Gruppen also immer nur einer) heranzuziehen sind. Entgegenstehende statutarische Bestimmungen sollen als aufgehoben gelten. Weiter soll, um eine Verminderung der Beisitzertätigkeit herbeizuführen, in dem ersten auf die Klage folgenden Termin die Zugiehung der Beisitzer stets unterbleiben, wenn nicht besondere Gründe die Anwesenheit notwendig machen.

Gegen den Gesetzentwurf lassen sich manche Bedenken vorbringen. Manche Gewerbegerichte haben z. B. erst während der Kriegszeit, um eine Verminderung der Arbeitslast herbeizuführen, die Sühnetermine abgeschafft, weil diese in der Regel doch nicht zur Erledigung der Streitfälle führen.

IK. Steigerung der Arbeitslöhne während des Krieges. Eine Erhebung über die Steigerung der Arbeitslöhne während des Krieges ist vom Kaiserlichen Statistischen Amt durch Verwendung von Fragebogen an die regelmäßig über die Lage des Arbeitsmarktes für das Reichs-Arbeitsblatt berichtenden Unternehmungen veranfaßt worden. Obwohl die Bearbeitung der Erhebung noch nicht abgeschlossen ist, teilt doch das Reichs-Arbeitsblatt bereits einige Hauptergebnisse mit, die recht interessante Ziffern bilden. Die Erhebung, die die Zahl der Arbeitertagewerke der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter sowie die ihnen gezahlte Lohnsumme in den beiden letzten vollen Wochen der Monate

März und September 1914, 1915 und 1916 erfragte, umfaßt 369 der hervorragendsten Unternehmungen in 13 Gewerbegruppen, deren Lohnverhältnisse typisch für die im allgemeinen besser gestellten Kategorien von Arbeitern und Arbeiterinnen sein dürften. Keinesfalls wird man also behaupten können, daß die Ergebnisse gegenüber dem Durchschnitt zu günstig seien, zumal ja auch die Angaben von Unternehmern gemacht wurden.

Um so mehr bemerkenswerter ist es, daß die Ergebnisse der Erhebung, wenn sie auch selbstverständlich ein starkes Anwachsen des Arbeitslohnes im Laufe der ersten beiden Kriegsjahre erkennen lassen, doch zeigen, daß die Löhne selbst dieser gut gestellten Arbeiter mit der Steigerung der Lebensmittelpreise und sonstigen Preisen keineswegs Schritt gehalten haben.

Bei fast sämtlichen Gewerbe- und Untergruppen ergibt sich eine gleichgerichtete Entwicklung: zunächst ein Rückgang vom März auf September 1914, von da ab eine ununterbrochene Steigerung bis September 1916. Bei den männlichen Arbeitern sank zunächst der Durchschnittslohn von März bis September 1914 von 5,17 Mk. auf 5,12 Mk. Er stieg dann bis September 1916 auf 7,55 Mk. oder um 46 Proz. gegenüber dem ersten Erhebungstage. Die größte Steigerung fand von September 1914 bis März 1915 mit 14,8 Mk. statt. Demgegenüber ist der weibliche Durchschnittslohn zunächst bis September 1914 von 2,29 auf 1,94 Mk., also härter als der der männlichen Arbeiter zurückgegangen. Die nachfolgende Steigerung war aber um so bedeutender und hob den Durchschnittslohn auf 3,53 Mk. im September 1916 oder um 54 Proz. gegenüber März 1914. Hier erfolgte die größte Steigerung im zweiten Kriegswinter mit 18,3 Proz. Die männlichen Arbeiter hatten also ihre Löhne im Durchschnitt um 46 Proz. gesteigert, die weiblichen um 54 Proz. Das ist gewiß eine außerordentliche Erhöhung, die aber gegenüber einer Steigerung der Nahrungsmittelpreise in dem gleichen Zeitraum um mindestens 100 Proz. doch noch ungenügend ist.

In den einzelnen Industrien gibt die Entwicklung folgendes Bild:

Gewerbe- gruppe	männliche Arbeiter		weibliche Arbeiter	
	März 1914	Sept. 1916	März 1914	Sept. 1916
Maschinen- Industrie	5,93	7,89	4,8	2,28
Elektr.				
Industrie	4,52	7,44	6,5	2,75
Eisen- und Metallind.	5,55	8,02	4,5	2,06
Chemische Industrie	5,14	6,90	3,4	2,26
Papier- Industrie	3,94	5,54	4,1	2,29
Holz- Industrie	4,22	5,61	3,8	1,99

Die stärkste relative Lohnsteigerung für männliche Arbeiter hat also in der elektrischen Industrie, für weibliche Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie stattgefunden.

Bücherschau.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Marxismus, Krieg und Internationale.** Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg. Von Dr. Karl Renner, Mitglied des österreichischen Reichsrats. XII und 384 Seiten Oktav. 59. Band der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk.

Der Verfasser widmet diese Schrift seinem Freunde Otto Bauer, dem bekannten, in russische Kriegsgefangenschaft geratenen österreichischen Reichsratsmitglied.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Erster Teil: Die neue Gesellschaft. 1. Gesellschaftliche und politische Umwälzung. — 2. Der Wandel der sozialen Grundverhältnisse. — 3. Der Wandel in der Klassenschichtung und im Klassenbau. — 4. Die Zusammenfassung der durchstaatlichten Oekonomie im Wirtschaftsgebiet. — Zweiter Teil: Der neue Staat. 5. Der Staat des Imperialismus. — 6. Imperialismus und Internationale. Die Einheit der Dekomene. — 8. Der Kampf der Wirtschaftsgebiete und der Weltkrieg. — 9. Möglichkeiten und Bürgschaften dauernden Friedens. — 10. Wiederherstellung des Völkerrechts. Sein Ausbau zur Organisation der Welt. — Dritter Teil: Neue Aufgaben des Sozialismus. 11. Ursprung und Probleme des taktischen Streites. — 12. Sozialistischer Imperialismus? — 13. Sozialpatriotismus oder Internationalismus? — 14. Zur Rechtfertigung des deutschen Proletariats.

In der Vorrede heißt es unter anderem: „Geboren wurden diese Studien aus der leidenschaftlichen Empfindung des geistigen Wirrwals, in das die Arbeiterschaft der Welt durch den Krieg verfrachtet worden ist, und aus der unerschütterlichen Überzeugung, daß ihr einzig und allein marxistische For-

schung Abhilfe schaffen kann. Mögen diese Blätter dazu dienen, die ganze Fülle neuer Aufgaben, die dem Marxismus gestellt sind, aufzurollen! Den Leser jedoch, der nicht als Theoretiker an das Buch herantritt, soll die populärwissenschaftliche Darstellung über den ganzen Umfang der in der Sozialdemokratie durch den Krieg aufgeworfenen Probleme orientieren.“

Einsendungen der Verwaltungsstellen für das II. Quartal 1917.

Ansbach 9,—, Arnstadt 41,95, Augsburg 57,—, Bamberg 14,03, Bayreuth 15,93, Berlin 12 017,36, Bielefeld 326,60, Brandenburg 290,—, Braunschweig 137,80, Bries 45,50, Breslau 700,—, Bautzen 278,80, Bonn 20,25, Chemnitz 204,80, Cöthen 5,85, Dresden 1200,—, Düffeldorf 385,75, Eisenach 64,60, Elberfeld 1000,—, Eisleben 33,50, Erfurt 626,95, Erlangen 150,—, Esen 225,—, Frankfurt 751,20, Freiburg 199,20, Fürstenwalde 143,10, Gera Gbgg. 120,15, Ghrlich 100,—, Hameln 18,—, Halle 336,—, Hamburg 700,—, Hannover 350,—, Hagen 15,—, Heilbronn 51,45, Hof 6,90, Hildesheim 80,50, Hünzig 45,—, Jena 189,40, Karlsruhe 138,50, Kaiserlautern 190,—, Kassel 319,60, Kiel 141,80, Köln 447,50, Königsberg 100,—, Konstantz 101,22, Leipzig 1347,95, Piegnitz 20,—, Magdeburg 240,—, Mannheim 170,—, Mainz 356,55, Münster 160,35, Mühlheim 109,50, München 698,75, Niederchlema 83,35, Nürnberg 906,51, Oberneukirch 27,90, Offenbach 1515,14, Potsdam 101,75, Rathenow 12,60, Rostock 57,20, Reutlingen 30,—, Rothenburg 20,40, Rüsselsheim 55,—, Straßund 79,85, Solingen 185,50, Stettin 125,—, Striegau 12,—, Straßburg 110,—, Uetersen 24,—, Stuttgart 1000,—, Ulm 725,10, Varel 27,05, Weimar 10,—, Wismar 19,—, Zwickau 37,— Mk.

Einsendungen an erübrigten Beitragsteilen:

Arnstadt 3,27, Bielefeld 4,—, Bries 2,25, Bonn 2,30, Eisenach 1,11, Elberfeld 8,43, Esen 19,01, Freiberg 5,95, Fürstenwalde 25,60, Hameln 0,05, Hildesheim 9,98, Kassel 0,50, Konstantz 1,10, Mainz 17,74, Münster 18,11, Mühlheim (Ruhr) 15,20, Niederchlema 14,10, Oberneukirch 3,20, Potsdam 2,60, Rathenow 1,10, Rüsselsheim 8,23, Straßund 1,65, Uetersen 1,95, Wismar 1,30 Mk.

Alfred Riedel, Kassierer.

Adressenänderungen.

Düffeldorf. B. Adolf Prager, Güttenstr. 3 II.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges sind gefallen unsere Mitglieder

Wilhelm Radloff, Berlin, 32 Jahre alt.
Ludwig Menke, Elberfeld, 31 Jahre alt.
Gustav Ripp, Elberfeld, 21 Jahre alt.
Fried. Wilh. Runk, Elberfeld, 23 Jahre alt.
Wilhelm Kern, Leipzig, 30 Jahre alt.
Ernst Gutmann, Leipzig, 40 Jahre alt.

Berlin. Am 13. August schied freiwillig aus dem Leben unser Mitglied, der Sattler Gustav Pögel, 35 Jahre alt.

Chreihrem Andenken!

Verwaltungsstelle Berlin

Achtung! Militärbranche! Achtung!

Mittwoch, den 19. September, abends 7 Uhr, im gr. Saal des „Gewerkschaftshaus“, Engeliner 15, außerord. Branchenversammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifvertrages.
2. Bericht über die Durchführung der neuen Teuerungszulage.
3. Branchenangelegenheiten.

N. B. Da die Versammlung pünktlich um 7 Uhr eröffnet wird, ersuchen wir um rechtzeitig und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder.

Die Branchenleitung.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

Nähgarn

kleinere und größere Mengen, beliebiger Farben, Stärke Nr. 40—70,

zu kaufen gesucht

(zum Selbstverbrauch).

Friedrich C. Lodder, Feuerbach b. Stuttgart.

Werkzeuge für Sattler, Portefeuller

liefert in bester Qualität

Georg Ditter, Messerschmiedemeister, Offenbach a. M., Al. Biergrund 5. — Tel. 1514.

(Gegr. 1905.)

Spezialität: Schleifen von Spaltmessern, Dedelscheren u. Papier Schneidemaschinenmessern.

Sattler

auf Militärarbeit (Cornister, Patronentaschen und dergl.) für dauernde Beschäftigung gesucht.

Otto Breitschuh, Eisleben.

Mehrere Sattler

auf Cornister, Patronentaschen usw.

sucht

Os. Scheyhing, Militäreffektenfabrik
Kassel, Schönfelderstraße 46.

Sattler

auf Tornisterarbeit sucht

Gustav Steinmetz,
Breslau, Höfchenstr. 84.

Maschinen-Hanf-Zwirne

30 er, 40 er und 50 er,

ferner

Ober- u. Untergarne No. 50

In jeder Farbe in kleineren und größeren Mengen zu kaufen gesucht.

Angebote an die

Optische Anstalt C. P. Goerz, Aktiengesellschaft,
Berlin-Friedenau, Rheinstr. 45/46.